

**Bezugspreis**

für Halle vierteljährlich bei postmässiger  
Anstellung 2,50 Mk., durch die Post  
2,75 Mk., auschl. Anstellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unterlagt eingehende Kamalstre-  
nien ohne Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Ztg.“ gestattet.  
Verantwortl. Redaktions Hr. 1140;  
Hr. Geschäftsstelle Nr. 1133;  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrich-  
straße 63, I; Telefon Nr. 591.

**Abend-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**

werden die Spaltenzahl oder deren  
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von  
unseren Abnahmestellen und allen  
Anzeigen-Expeditoren angenommen.  
Reklamieren die Seite 75 Pfg. für Halle  
und auswärts 1 Mt.  
Er scheint täglich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.  
Redaktion und Druck: Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Bauhausstraße 17;  
Rezeptions-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 63, I; Telefon Nr. 591.

Nr. 484.

Halle a. S., Freitag, den 15. Oktober.

1909.

## Nur keine Luftschlösser.

(Unser Reichstagskandidat und der sogenannte „Bund der Handwerker“.)

# Bekanntlich ist es nur ein winziges Häuflein unter den bürgerlichen Wählern: die hiesige Ortsgruppe des Bundes der Handwerker, die sich von dem großen Ring loslöste, den die viel geschmähte „Bourgeoisie“ unter Beihilfestellung aller sonstigen Gegenseite gebildet hat, um dem Reichstags Halle eine sozialdemokratische Vertretung im Reichstage zu erlangen.

Es wird diejenigen Halleischen Handwerksmeister, die mit dem „Bunde“ sympathisieren, interessieren, zu erfahren, wer Herr Voigt, die Seele des „Bundesvorstandes“, eigentlich ist.

Nach der „Deutschen Mittelstands-Zeitung“ (Nr. 37 vom 12. September 1909) hat Herr Voigt hintereinander folgende Stellungen bekleidet: 1. Angestellter des Bundes der Handwerker; 2. Angestellter der Antisemitischen Partei; 3. Angestellter des Bundes der Handwerker; 4. Angestellter der Mittelstandsvereinigung; 5. Angestellter des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Bruhn (bekannt aus dem Dahlel-Prozess); 6. Gründer des „Neuen Deutschen Handwerkerbundes“; 7. Vorsitzender des Handwerkerbundes (unter 2. namhaft gemacht), dessen Kassieren in Höhe von 6000 Mk. im Jahre 1906 von der Mittelstandsvereinigung übernommen, und dessen Auflösung beschlossen wurde. Herr Voigt scheint also, nachdem im Jahre 1906 dem bis dahin von ihm geleiteten Handwerkerbunde die Luft ausgegangen ist, nun einen neuen Bund unter demselben Namen zu propagieren. Den kann man wirklich, wie es wiederholt geschieht, als ein „Privatunternehmen“ des Schneidermeisters Voigt bezeichnen, jedenfalls ist er in den weitesten Kreisen unbekannt und schwerlich ernst zu nehmen. Auch die Finanzen des „Bundes“ sollen recht schwundbüdlig sein. Die in Berlin erscheinende „Tägl. Rundschau“ schreibt darüber:

„Wie bedeutungslos die ganze Bewegung ist, geht daraus hervor, daß der Bund der Handwerker, der angeblich über das ganze Reich verbreitet ist, nicht einmal in der Lage war, eine bescheidene Hilfskraft anzustellen. Die Finanzen des Bundes sind in trauriger Verfassung. Wie man behauptet, dient die Kandidatur in Halle annehmend dazu, die Kasse des Bundes durch die einlaufenden Wahlgelder etwas aufzubessern.“

Kann man es also dem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei verargen, wenn er es vorzuziehen abgesehen hat, mit diesem Bunde irgendwie in Verbindung zu treten?

Die nach Mittelalter riechenden Forderungen des Bundes der Handwerker und die Leisigheit, die die freisinnige Volkspartei zur Stärkung und Förderung des deutschen Handwerkerstandes aufgestellt hat, vertragen sich wie Feuer und Wasser. Für uns gibt es keine Konzeptionen, die zu machen wären — wir wollen mit ehrlichen Waffen in den Kampf gehen.

Was auf dem Hamburger Parteitag der freisinnigen Volkspartei über die Stellungnahme zu den Handwerkerfragen für die Partei als Richtschnur festgesetzt ist, gilt auch heute noch: Der Parteitag bedauerte damals, daß eine erhebliche Zahl von Handwerkern auf weitere Beschränkungen der Gewerbefreiheit hindrängt, welche nur geeignet sind, den Betrieb des Handwerks und insbesondere die Konkurrenz desselben mit dem Großkapital nach den verschiedensten Richtungen zu erschweren. Nur zu sehr sind schon zum Schaden des Handwerks durch solche falschen Bestrebungen die Interessen abgelenkt von positiven Einrichtungen, die eine Benachteiligung der Allgemeinheit geeignet sind, das Kleingewerbe durch Zusammenwirken der Handwerker mit anderen Klassen der Bevölkerung zu fördern.

Die freisinnige Volkspartei erstrebt in dieser Richtung:

1. die Förderung der Lehrlingsausbildung durch Hebung des Volksunterrichts, Errichtung und Ausgestaltung von obligatorischen Fortbildungsschulen und Fachschulen, Veranstaltung von Sammelausstellungen prämiierter Lehrlingsarbeiten, Bekämpfung von um die Lehrlingsausbildung besonders verdienenden Meistern, Errichtung von Lehrlingsheimen und Lehrwerkstätten, Ausbildung von Handwerksmeistern zu praktischen Lehrern für Fortbildungs- und Fachschulen.

2. die Fortbildung der Meister und Gesellen durch Veranstaltung von Ausstellungen kleingewerblicher Motoren, Maschinen und Werkzeuge, durch Fortführung bewährter Arbeitsmethoden und technischer Fortschritte des Kleingewerbes in Lehrkursen, Vermehrung und weiterer Ausbau der Meisterkurse, Erleichterung des Besuches dieser Kurse durch Gewährung von Stipendien.

3. Bildung von Handwerker- und Gewerbestreikern, auch freier nicht mit Zwangsrechten verknüpfter Innungen.

4. Herabsetzung bzw. Aufhebung der Zölle auf notwendige Materialien und Halbfabrikate, Werkzeuge, Maschinen, wie sie das Handwerk gebraucht.

5. Erleichterung der Voraussetzungen zum einjährig-freiwilligen Dienst für Handwerker mit sachmännlicher

Schulbildung, auch wenn dieselben nicht auf fremde Sprachen sich verstehen.

6. Einführung von Reichstagsblättern zur Ermöglichung der Wahl von Handwerkern.

Wir haben vorstehend noch einmal die Stellungnahme des freisinnigen Kandidaten zu den Handwerkerfragen rekapituliert, weil die Mißverständnisse des Handwerkes auch jetzt wieder eifrig bemüht sind, unserer Partei Interesselosigkeit in der Handwerkerfrage vorzuwerfen. Wir verprechen allerdings dem schwer geprüften Handwerk, dessen große Bedeutung für die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes von uns jeder Zeit anerkannt worden ist, keine goldenen Berge, wir malen den Wählern keine Fatamorgana vor wie gemissachtete zünftlerische Agitatoren, wir zeichnen die Welt wie sie ist, in ihrer grauen Wirklichkeit! Ein mit Vorspiegelungen erworbenes Mandat kann für die ernüchterten Wähler eine bittere Pille werden! — Wer das Erreichbare will, wer keinem Phantom nachjagt, für den gibt es nur einen Kandidaten. Und das ist Herr Georg Reimann!

### Herr fabrikant Georg Reimann

hat dem hiesigen „General-Anzeiger“ folgende Zuschrift übermittelt:

Der „General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis“ bringt in Nr. 239 unter Lokales einen kurzen Artikel: „Ein dritter Reichstagskandidat“, in dem über eine Versammlung des Bundes der Handwerker im „Wintergarten“ berichtet wird und aus dem hervorgeht, daß in dieser Versammlung über mein Verhalten dem „Bunde der Handwerker“ gegenüber Mitteilungen gemacht worden sind, die den Tatsachen nicht entsprechen. Ich berichtige diese wie folgt:

a) In der großen öffentlichen Wählerversammlung in den „Ritterhöfen“ habe ich mich jedes persönlichen Urteils über den mir dazumal ganz unbekanntem Handwerkerbund enthalten, sondern lediglich folgendes Schriftstück vorgelesen:

„Eine Warnung vor dem Deutschen Handwerkerbund hat der Zentralauschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in seiner letzten Sitzung beschlossen.“

Es wurde zur Sprache gebracht, daß der Bund der Handwerker lediglich die Privatgründung eines Einzelnen sei, der deren wirtschaftlichen Bedeutung ermangele. Es müsse daher das Handwerk in Stadt und Land vor dem Anschlag an diese Gründung gewahrt werden, auch dort, wo dem Handwerk noch der Zusammenfluß fehle.

Ich bin in meiner Rede dann gleich weitergegangen, mit den Worten „Ich kenne keinen Bund der Handwerker, sondern nur das Handwerk, für dessen Interessen ich stets eintreten werde“ usw. usw.

b) Ich soll einen Brief an den Handwerkerbund geschrieben haben, aus dem meine gerade Handwerkerfreundschaft hervorginge.

Es ist dieses eine Unwahrheit, denn ich habe niemals einen Brief an den Handwerkerbund geschrieben.

## Die akademische Freiheit.

Der Hochschullehrertag in Leipzig hat noch kräftiger als auf der Jenaer Tagung des vorigen Jahres für die akademische Freiheit sein Wort in die Waagschale geworfen. Die klugen Thesen des ausgezeichneten Leipziger Rechtslehrers Prof. Wach stellten wenigstens unmissverständlich klar, daß bei der Ertelung der Erlaubnis, akademische Vorlesungen zu halten, die religiöse oder politische Überzeugung des Bewerbers kein Hindernis bilden darf. Freilich betonte Prof. Wach selbst, was auch in den Reden der übrigen Teilnehmer zum Ausdruck kam, daß ein Hochschullehrer zugleich als Persönlichkeit wirken soll, und daß deshalb neben der wissenschaftlichen Qualifikation und der Lehrfähigkeit des Bewerbers auch seine persönliche Würdigkeit berücksichtigt werden muß. Dieser Begriff der „persönlichen Würdigkeit“ kann weiter und enger ausgelegt werden; er kann unter Umständen auch auf einen Bewerber Anwendung finden, der sich durch eine freimütige Schrift oder durch politische Betätigung mitleidig gemacht hat. Aber in der Abicht des Antragstellers selbst lag das nicht. Auch sonst war der Hochschullehrertag von dem ehrlichen Willen erfüllt, den Begriff der akademischen Freiheit wie ein helles Licht auf den Leuchter zu stellen. Und man wird nicht in Abrede stellen können, daß das gerade heute not tut. Es war nur ein Einzelfall, aber ein sehr bezeichnender, den der Leipziger Professor F. B. Dingeldey vortrug. Danach hat eine wirtschaftliche Interessengruppe den Versuch gemacht, der Leipziger Universität einen Tendenzprofessor aufzubringen. Sie hat zu diesem Zweck dem sächsischen Kultusminister 30 000 Mark zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich hat der Leipziger Senat diese Zustimmung entrichtet, es rückgewiesen, und man könnte höchstens

fragen, weshalb nicht bereits der sächsische Kultusminister das Anerbieten rundweg abgelehnt hat. Denn mit den Begriffen von akademischer Würde und Freiheit verträglich ist wirklich nicht, daß ein Professor mit dem Auftrage betraut wird, vom Staat herab die Interessen einer bestimmten wirtschaftlichen Gruppe zu vertreten. Je bestimmter indessen die Beeinflussung der Wissenschaft durch materielle Rücksichten abgelehnt werden muß, um so notwendiger erscheint es, die deutschen Universitäten von allen materiellen Sorgen zu befreien, wenn sie ihre Aufgabe, die Wissenschaft zu pflegen und zu vertiefen, in vollem Maße erfüllen sollen. Daß es daran heute vielfach fehlt, daß gerade bei den Universitäten dies neuert wird, das wußte man längst. Aber es muß doch ein Marnschuß wirken, wenn Prof. Lamprecht feststellte, daß wir heute nicht mehr an der Spitze stehen, sondern hinter Frankreich und den Vereinigten Staaten zurückgeblieben sind. Es sind die großen materiellen Mittel, die besonders in Amerika von den DOLLAR-Nationen für wissenschaftliche Zwecke herbeigegeben werden, denen die amerikanischen Hochschulen ihren erstaunlichen Aufschwung verdanken. Wollen wir nicht völlig ins Hintertreffen geraten, dann müssen wir auch die deutschen Universitäten durch reichere Mittel wieder auf die Höhe zu bringen versuchen. An dem guten Willen und den Talenten fehlt es uns ja nicht, und ebenso wenig an der Achtung vor der reinen Wissenschaft. Das hat auch der Leipziger Hochschullehrertag wieder erkennen lassen.

## Deutsches Reich.

### Die Bedeutung der Fortbildungsschule.

(Von unserm Korrespondenten.)

# Danzig, 14. Okt. 1909.

Auf den Fortbildungsschulfrage in Danzig, der vor kurzem stattfand, ist von Seiten des Oberregierungsrats Dr. v. Seefeld namens des neuen Handelsministers Sydow eine Begrüßungsansprache gehalten worden, die vielleicht doch etwas mehr Interesse verdient, als ihr bisher in der Presse zuteil geworden ist.

Herr v. Seefeld führte aus, Herr Sydow, sein Chef, habe ihn ermächtigt auszusprechen, daß er durchdrungen sei von der hohen Bedeutung der Fortbildungsschule für unser Volkstleben und daß er entschlossen sei, in der Förderung des Fortbildungsschulwesens den Rahmen seines Amtsorgängers zu folgen. Der Redner fuhr dann fort:

„Bisher hat die Staatsregierung an dem Ausbau der Fortbildungsschule in harmonischem Einvernehmen mit allen beteiligten Kreisen gearbeitet. Neuerdings hat es den Anschein genommen, als ob dieses gute Einvernehmen geklärt werden könnte. Es sind in den letzten Monaten Vorführungen erschienen, die, ich möchte sagen, von einer erbitterten Feindschaft gegen die Pflichtfortbildungsschule zeugen. Es sind im wesentlichen zwei Gedanken, um die sich die Erörterungen der vier Vorführungen drehen. Es ist einmal der Gedanke, daß die Pflichtfortbildungsschule als schädlich für Industrie und Handel beseitigt und durch eine Handwerkerhochschule ersetzt werden müßte. Zum zweiten ist es der Gedanke, daß die Staatsbehörden es darauf abgesehen hätten, aus der Fortbildungsschule die Praktiker zu verdrängen und die Fortbildungsschule den Volksschullehrern auszuliefern. Die Staatsregierung ist bei der Verwaltung des Fortbildungsschulwesens immer beherzt gewesen, berechtigte Wünsche und Forderungen von Industrie, Handwerk und Handel zu erfüllen. Hier aber ist sie nicht in der Lage, den ausgesprochenen Wünschen zu folgen. Es handelt sich aber — von allem anderen abgesehen — auch gar nicht um Wünsche, hinter denen die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit von Handel und Handwerk steht, sondern nur eine kleine Zahl Mißvergnügter. Was die Fortbildungsschule heute ist, ist sie, wie wir alle wissen, geworden durch das vertrauensvolle Zusammenarbeiten des Staates, der Kommunen und der geordneten Vertretungen für Handel und Gewerbe. Was die Kommunen für die Fortbildungsschulen geleistet haben, das liegt vor aller Augen. Ohne das opermäßige Eintreten der Handelskammern wäre das taufmännliche Fortbildungsschulwesen nicht das, was es heute ist. Aber auch die Vertretungen des Handwerks sind mit einzelnen Ausnahmen, die mir natürlich wohl bekannt sind, der Fortbildungsschule freundlich gegenüber. Vor allem aber sind die Handwerkerkammern ohne Ausnahme für die Sache der Fortbildungsschule eingetreten. Die Hoffnung, kann ich den Verfassern der Vorführungen deshalb nicht machen, daß die Staatsregierung ihnen folgen wird. Die Staatsregierung denkt nicht daran und kann nicht daran denken, das gemeinsame, mit den Gemeindeverwaltungen und den beruflichen Vertretungen des Handels, des Handwerks und der Industrie aufgebauete Werk der Fortbildungsschule abzutragen. Die Staatsregierung wird festhalten an dem Gedanken, der Pflichtfortbildungsschule und diese weiter ausbauen wie bisher.“

Diese Ausführungen sind ob ihrer Klarheit und Ehrlichkeit mit Freude zu begrüßen. Herr Sydow hat hier

Eine ganz gute Witterung abgeben. Möge seine weitere Tätigkeit auf allen Gebieten seines umfangreichen Ressorts dem erfreulichen Anfang entsprechen!

### „Eine unerhörte Schmach.“

Eine Fahrt 2. Klasse ist nicht standesgemäß.  
Dessau, 15. Oktober 1900.

Die Handelskammer für das Herzogtum Anhalt hat einen großen Sieg errungen. Es ist ihr gelungen, ein schweres Unheil zu verhüten, das der Haupt- und Residenzstadt Dessau und zugleich dem Anhalter Lande drohte. Einmaliges erhielt nämlich die Dessauer Handelskammer ein Exemplar des Winterfahrplanentwurfs und ersah daraus, daß bei den meisten der von und nach Dessau verkehrenden Personenzüge (nicht etwa bei Durchgangsschnellzügen, bei denen die Verhältnisse wesentlich anders liegen) die Abfassung der ersten Wagenklasse vorgezogen war.

Die Kammer wandte sich nun an die Eisenbahndirektionen in Halle und Magdeburg und bat, Anhalt doch nicht eine solche Schmach anzutun, und von der beschleunigten Personenzüge zu nehmen, da eine Anzahl künftiger Persönlichkeiten, sowie höhere Regierungsbeamte, die Mitglieder der Gesellschaft und auch eine Reihe von Großkaufleuten und Großindustriellen die erste Wagenklasse regelmäßig zu benutzen pflegen.“

Die Eisenbahndirektion hörte jedoch nicht auf die Klagen der Kammer und erklärte, daß Mitglieder des herzoglichen Hauses und andere Persönlichkeiten auf Anmeldung auch fernherhin Abteile erster Klasse zur Verfügung gestellt erhielten, und daß für Abweidende fremder Höfe und dergleichen Persönlichkeiten in Ausnahmefällen ebenfalls die erste Klasse eingestuft werden könnte. Die Angehörigen der Hofgesellschaft, die höheren Regierungsbeamten und die sonstigen Respektanten müßten sich aber mit der zweiten Klasse zufriedengeben.“

Nun war die Not groß. So wurde der Eisenbahnerverwaltung nochmals das Unerhörte ihrer Maßnahme vor Augen geführt.

Wir sind — so heißt es in der Eingabe der Dessauer Handelskammer, die diesmal direkt an die Eisenbahndirektion gerichtet wurde — der Meinung, daß eine Einschränkung des Verkehrs erster Klasse nicht bei fast sämtlichen Personenzügen überhaupt dürfte, sondern nur bei bestimmten, bei denen ein besonderes Bedürfnis in Dessau besteht, kann, soweit wir diese Angelegenheit zu beurteilen vermögen, nicht zweifelhaft sein.

Es mag sich wohl ermöglichen lassen, daß für die offiziellen Reisen künftiger Persönlichkeiten ein Wagenabteil rechtzeitig vorrathesbittet und beschafft wird. Bei nicht angemessenen Reisen, sowie bei den Eisenbahnschaffern Köstlichen Abgesandten und dergleichen, denen ja nur ausnahmsweise ein Wagen erster Klasse zur Verfügung gestellt werden soll, wird es aber künftig die Regel werden, daß die zweite Klasse benutzt werden muß, weil eben die erste Klasse nicht vorhanden ist. Der es entstehen durch das Einbringen der Wagen erster Klasse Unannehmlichkeiten. Aber auch für eine Anzahl anderer Reisen, namentlich für die von Dessau nach Berlin, die nach Göttingen und nach Magdeburg und nach der Hofgesellschaft ist ein Bedürfnis für die Benutzung der ersten Wagenklasse vorhanden, zumal mit ganz geringen Ausnahmen alle durch Dessau fahrenden Züge nur Personenzüge sind, deren Abteile zweiter Klasse häufig genug überflüssig sind. Ganz besonders gilt dies für die Fahrten von und nach Berlin. ...

Unter diesen Umständen bitten wir gehoramt (!), ... um mitteilen für die Anstufung nach Berlin die erste Wagenklasse bestehen zu lassen.

Und hebe da: diesmal hatte die „gehörjamaite“ Dessauer Handelskammer ihre Forderung nicht auf Sand gebaut. Bald wurde ihr der Bescheid, die Eisenbahndirektion in Halle sei ermächtigt, die erste Wagenklasse bei den Personenzügen bis auf weiteres beizubehalten. Nun herrscht wieder eitel Freude im Lande. Die Dessauer „oberen Einbunder“ brauchen nicht mit der „Kanalie“ das Coups zu teilen. Sie sind bewahrt vor dem schrecklichen Schicksal, das ein feulbarer Sohn seinem Erzeuger mit den Worten prophezeite: „Vater, du wirst noch so lange zweiter Klasse fahren, bis du Pöule kriegst!“

### Bamberg im Schlarf.

Lorenz Krapp, Dr. der Nationalökonomie und der Rechte, wie ihn sein Schilling, das „Bamberger Volksblatt“ nennt, hat kürzlich in einer Versammlung der Jungmannschaft des Zentrumsvereins von Bamberg eine höchst interessante Rede gehalten. Sie ist in erster Linie ein Nachruf des Volksblattes nach mehr Kommenten und Interenten. Der Redner will die rühmlichen katholischen Schafe Bamberg vor der Verdammnis retten und zum schleunigen, gegenbringenden Abonnement auf das Volksblatt zurückführen. Erholt dazu weit aus und weit zunächst auf den Papst Pius X. hin, der in Venedig eine katholische Zeitung gründete und sie selbst austrug. Der Erfolg muß nach den Worten des Redners ans Wunderbare geglaubt haben, denn „während sich bis dahin nur ein freches, schwaches, glaubloses Rudel von Fremden in den Straßen drängte, ist Venedig auf einmal eine blühende, christliche Stadt geworden.“

Von Venedig schweiften nun die Blicke Krapps in tiefem Schmerz nach dem unheiligen München. Hier, wo sich früher der edle, hochwürdige Strom erkeuflischer Gesinnung in die Herzen ergoß, die milde jetzt die Schmutzflut des „Simplizismus“ der „Mündnerischen Nachrichten“ und der „Mündnerischen Zeitung“ alles Edle und somit alles Katholische aus den Seelen, und das Bett des katholischen Einfusses werde immer enger gesteckt. Bis jetzt mügen die Zuhörer noch zufrieden Besal gependet haben, denn wer freut sich nicht über anderer Sünde und Unheil. Herr Krapp wollte aber nur einen Anlauf nehmen, denn nun geht er mit Bamberg in's Gericht. Er schmettert den Bamberger Sünden ein Zitat aus der Broschüre „Die Katholische Presse“ ins Gesicht, in dem es heißt: „Nirgend in Deutschland gibt es eine Stadt mit einem derart einschlagenden katholischen Bewußtsein wie Bamberg!“

Den Grund dafür hat Herr Krapp gleich bei der Hand, nämlich der Katechismus u. s. w., den die katholischen Jungen und Mädels auswendig lernen müssen, ist bei einem liberalen Verlage gedruckt! Nach des Redners Meinung aber muß durch die Signatur des liberalen Verlages auf der Innseite unbedingt ein liberaler Kitzlöcher in den Katechismus geflossen sein, der das katholische Bewußtsein in

Bamberg hat einschließen helfen. Dann aber noch ein zweites: Zu seinem Einziehen mußten es Herr Krapp und der Verleger des „Volksblattes“ erleben, daß geistliche Wüstenräuber Beiträge für ein Bamberger farbloses Blatt lieferten, während das angefüllten und ungelungenen Spalten des „Volksblattes“ auf Beiträgen warteten. So etwas sei ein Teil das farblose Blatt allmählich das Organ der offiziellen katholischen Vereine geworden. Das bekannte die Ende kommt aber immer noch, und so auch hier. Denn nun schmeißt Krapp seine bayerische Gefinnungsfähigkeit und donnert gegen die „verpreußte Leitartikelpolitik“ des Bamberger liberalen „Tageblattes“. Dieses Blatt untersehe sich, „den Kaiser den „Obersten Antiegehem“ zu nennen und des „Oberhaupt des Reiches“.

Wisse denn das Blatt nicht, daß im Frieden der König die Oberhaupt sei? Diese Ausführungen des Redners haben entschieden den Gipfelpunkt seiner unerhörten Abnommenteinladungsbrede. Jedemfalls gibt die Geschichte ein Bild von dem nationalen Boden, auf dem das „Volksblatt“ und sein Gönner Herr Krapp sich stellen und stellen werden. Zum Schluß der Ausführungen, die das „Volksblatt“ natürlich als Leitartikel im geperrten und getrudr wiedergibt, erläutert dann der Redner die Abnommentbedingungen des Blattes und empfiehlt an Orten, wo sich ein größerer Leserkreis bilde, ein „Abnomment auf Abzahlung“ zu nehmen!

Niel braucht man diesem Zentrumsstücklein nicht mehr hinzuzufügen. Es bricht für sich selbst. Aber die Gefahr des Ultramontanismus für unser ganzes Volksein noch nicht recht klar geworden ist, dem werden wohl beim Lesen dieser Zeilen einige Schuppen von den Augen fallen.

### Rückbildung des Auslieferungsvertrages.

Aus München wird gemeldet: Das bayerische Abgeordnetenhaus nahm in der gestrigen Abendung den Antrag auf Rückbildung des russischen Auslieferungsvertrages an.

### Der Schmuggel nimmt überhand.

Aus Köln wird gemeldet: Infolge der neuen Steuern hat der Schmuggel an der holl. Grenze besonders in Tabak und Raucherkerzen überhand genommen, daß die Zahl der Zollbeamten seit einiger Zeit bedeutend vermindert wurde. Diese Verhältnisse hat ebenso wie die neuen Inkontraktionen eine Zunahme des Schmuggels nicht verhindern können, jedoch sich die preussische Regierung veranlaßt sieht, 150 neue Zollämter an der holländischen Grenze zu errichten.

### Hof- und Personennachrichten.

Der Fürst und die Fürstin v. Bülow sind aus Norden in Hamburg eingetroffen und haben im Hotel „Atlantik“ Wohnung genommen.

### Parteinachrichten.

L. C. Der Herausgeber und geistliche Leiter des Revolverblattes „Wahrheit“, der Hg. Bruhn, findet merkwürdigerweise in der ultramontanen „Germania“ eine Art Anwalt. Dieses Blatt meint, die Kennzeichnung der „Wahrheit“ durch den Gerichtshof sei vom strafprozessualischen Gesichtspunkt aus als „äußerst bedenklich“ zu bezeichnen.

Der Gerichtshof hat hier zu Ungunsten des Verlegers Bruhn etwas „als wahr unterstellt“, was doch erst hätte bewiesen werden müssen. Statt dessen wurden die Beweismittel abgethan und damit auch dem Zungen Bruhn die Möglichkeit genommen, sich zu verteidigen und die Beweisanträge zu entkräften. Die persönliche Auffassung der einzelnen Richter, die ja in solchen Fragen durch die vox populi, durch einseitige Zeitungsektüre, Parteistellung usw. sehr stark beeinflusst werden kann, darf nicht dazu führen, daß solche Beschlüsse gefaßt werden, die Jemanden in der Öffentlichkeit verurteilen, ohne Beweise erhoben zu haben.

Diese Darstellung ist ganz irrtümlich. Der Gerichtshof hat nicht zu Ungunsten des Bruhn seine Konstatierung gemacht, sondern zu Ungunsten eines Freipreunders, dessen Charakter mit Recht als „gerichtsnotorisch“ bezeichnet wurde. Wenn diese Konstatierung zugleich Herrn Bruhn bis ins Herz trifft, so ist das nicht die Schuld des Gerichtshofes. Wenn ein Gerichtshof beispielsweise irgend eine Verbrechen ohne weitere Beweisaufnahme als solche bezeichnet, weil sie dafür bekannt ist, so ist das dem Willkür leicht sehr unangenehm; aber professionales Unrecht ist ihm nicht geziehen. Ganz ähnlich liegt es hier.

Auf die Schwächen einer Einigung der Liberalen weist der Reichstagsabg. Dr. Müller-Meinungen gegenüber dem Abg. Prof. V. Vitz in einer Aufschrift an den „Frank. Kur.“ nachdrücklich hin. Er schreibt:

Ich habe seit dem Jahre 1898, also lange vor der Heilbronner Resolution, in Wort und Schrift den Gedanken einer liberalen Gemeinbürgerschaft und in erster Linie den Gedanken des linksliberalen Zusammenarbeitens in und außerhalb des Parlamentes vertreten — zu einer Zeit, als es viel gefährlicher und unpopulärer in Parteifreien war als heute, für solche Gedanken offen mit seiner Person eingetreten. Ich bin aus meiner Kenntnis der Dinge froh, daß wir heute so weit sind, und warne davor, bei jeder Gelegenheit aus Liebe für die Sache die Schwächen zu unterschlagen. Bei der bevorstehenden Verschmelzung steht für die linksliberalen Parteien, vor allem für die Freisinnige Volkspartei, im Falle des Mißlingens alles auf dem Spiel. Was heuteutage von „Einigung des Liberalismus“ rehet und dafür lärmende Propaganda macht, möge Herr Prof. v. Vitz an unseren bayrischen Zuständen lesen! Solche Erfahrungen machen bei der größten Liebe zur Sache, die ich für mich in Anspruch nehme, vorzüglich und bedächtigt. So wie ich denken möchte, was meine sämtlichen näheren bayerischen Parteigenossen, die Vermittelung der Resolution des nordbayerischen Delegiertenkongresses vom 2. Oktober l. J. und wir haben's vorläufig allein praktisch probiert! Wir wollen schließlich die Einigung — aber nur unter Voraussetzungen, die die Fairarbeit der neuen Gründung absolut gemacht werden. Zum Vabanque-Spielen habe ich keine Lust; die Verantwortung ist mir zu groß. Das war mein Standpunkt und das bleibt es!

### Kleine politische Nachrichten.

Der Bundesrat vermittelte sich am Donnerstag zu einer Menarstellung; vorher hielten die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr für Zustimmung eine Sitzung.

## Ausland.

### Die Königin von Spanien und ... Montjuich. (Eigene Mitteilung.)

Dr. Wie man in „T. R.“ aus Paris berichtet, ergäbe man sich dort in unrichtigen Kreisen, daß die Königin ist, die in erster Linie für die schärfste Disziplin in der letzten Zeit in Spanien verantwortlich zu machen ist. König Alfons habe mit ganz anderen Mitteln gegen die antidemokratischen Strömungen kämpfen wollen, er habe sich nur schwerer davon abhalten lassen selbst nach Barcelona zu gehen, um an der Berufung des Volkes teil zu nehmen. Er fand jedoch in seiner Gemahlin einen hartnäckigen Gegner, denn die Königin bestimme darauf, daß gegen die Revolutionäre und ihre Helfschesser mit unerbittlicher Strenge vorgegangen werden sollte. Königin Alfons fügte sich schließlich und verzah Paula mit Volkswaffen, die noch niemand vor ihm besitzen hatte. Während Königin Alfons für Mäßigkeit und gutes Zureden war, hielt es die Königin mit dem Aufreizen des Militärs gegen das Volk. Es ist bekannt, daß sie sich sehr erbittert über Francisco Ferrer ausgesprochen hat, denn in dem Schreiben an eine englische Freundin äußerte sie sich, daß gerade diese „Person“ der Regierung durch Propaganda gegen dieselbe am meisten zu schaffen gemacht habe. Es ist also anzunehmen, daß der Einfluß, den die Königin bei dem Drama von Montjuich ausgeübt hat, ausschlaggebend für die Behandlung des nunmehr Singschiedenen war. Die Königin hat sich noch nie so in der Liebe der Volktheit beim Volke erfreut, aus welchem Grunde sie gegen das Volk und folches gegen sie bei jeder Gelegenheit auftritt.

### Generalasien und Protestversammlungen. (Die Reserve der englischen Presse.)

Die Londoner Blätter legen in ihren Kommentaren über die Angelegenheit Ferrer eine gewisse Reserve an den Tag. Das Blatt „Globe“ sieht in der Hinrichtung Ferrers eine bedauernde Notwendigkeit, die einen unangenehmen Einfluß auf die Lage Spaniens haben wird. „Wall Mall Gazette“ erklärt, daß kein Grund vorhanden sei, die spanische Regierung und das Kriegsgericht zu verurteilen, weil sie den Tod Ferrers verfügten. „Evening Standard“ bedauert die Art und Weise, wie der Prozess geführt wurde; es wartet jedoch die Einzelheiten ab, um sich über die Angelegenheit Ferrer zu äußern. „Westminster Gazette“ sagt, daß die spanische Regierung hinsichtlich des Schicksals Ferrers sehr unglücklich war.

Gestern nachmittags kam es zu weiteren Beratungen in Paris. Vor der spanischen Botschaft wurde u. a. ein Mann festgenommen, der die Worte ausgesprochen hatte: „Nieder mit den Würdem!“ Es lebe Ferrer!“ Ein Italiener namens Jabanò und ein Franzose namens Rossart sind verhaftet worden, weil sie die Schilder der spanischen Botschaft mit Tinte beschmutzten. Auch ein Negler, der sich weigerte, den Anweisungen der Polizei Folge zu leisten, nahm man an den Vorhänden der Freimaurerloge eine Protestnote gegen die Hinrichtung Ferrers, der ein Opfer der Inquisition geworden sei.

Mehrere hundert Kundgeber versammelten sich gestern abend vor dem Hause des spanischen Botschafts in London, das nur von einem Polizisten und einem Gendarm bewacht wurde. Die Kundgeber riefen Rufe aus: „Nieder mit den Würdem!“ und sogen hierauf durch die Straße unter Absingung der Internationale.

### Jesuiteninvasion in Böhmen.

Der Bischof von Leitmeritz betraute Jesuiten, die aus Frankreich vertrieben worden waren, mit dem Religionsunterricht in den Teplicher Volkschulen. Die freisinnige Mehrheit im Teplicher Bezirksrat protestierte gegen diese Auslieferung der Schulen an die Jesuiten und beschloß deren Nichtzulassung. Diesen Beschluß hat die Bezirkshauptmannschaft sifiziert. In Teplich herrscht über diese Jesuiteninvasion große Aufregung.

### Kleine Tagesnachrichten.

Der König von Rumänien erklärte während eines Frühstücks, das er zu Ehren der russischen Offiziere im Schloß Belsch gab, er ergreife die Gelegenheit, um seine Hochachtung und aufrichtige Anerkennung für den Kaiser von Rußland und zum Ausdruck zu bringen. Der König trank sodann auf das Wohl des Kaisers und der Kaiserin von Rußland.

## Provinzial-Nachrichten.

### Geheimrat Trofen 50 Jahre im Dienst.

Magdeburg, 15. Okt. Am heutigen Tage blüht der Ober- und Geh. Regierungsrat Provinzialrat Eugen Trofen auf eine 50jährige Diensttätigkeit zurück. Er wurde am 13. April 1855 in Danzig geboren und genoss seine Vorbildung auf dem dortigen händischen Gymnasium, das er Ostern 1856 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Von Ostern 1856 bis Michaelis 1859 studierte er auf den Universitäten zu Halle und Königsberg Theologie und Philosophie, absolvierte die Prüfungen pro licentia coecondandi Michaelis 1859 und pro ministerio Ostern 1861 und erlangte in der Lehramtsprüfung das Zeugnis ersten Grades. Von Michaelis 1859 bis 1860 war er an der Realschule in Welsch tätig; dann ging er an das Gymnasium zu Jüterbog, wo er durch Solation vom 22. Juli 1862 endgültig angestellt wurde. Von 1863 bis 1869 war er am Gymnasium in Gumlinen tätig. Am 27. September 1869 wurde er zum Gymnasialdirektor ernannt und leitete als solcher bis 1876 das Gymnasium in Söbelen. Von Michaelis 1876 bis Ostern 1889 war er Direktor des Gymnasiums in Danzig. Am 30. März 1889 wurde er zum Provinzialrat ernannt und dem Provinzialratkollegium in Königsberg übermieten. Durch Patent vom 10. November 1889 wurde er zum Geh. Regierungsrat ernannt und durch Gesetz vom 5. Dez. 1891 an das Provinzialratkollegium in Magdeburg versetzt, wo er sein Amt am 1. Februar 1892 übernahm. Seine Bestallung zum Oberregierungsrat erfolgte am 26. Juni 1897, die Ernennung zum Direktor des Provinzialratkollegiums

In Magdeburg am 9. Juli 1897. Das theologische Diplom wurde ihm von der theologischen Fakultät der Universität zu Halle durch Diplom vom 22. März 1908 verliehen. Die hervorragenden Leistungen und Verdienste des Kandidaten auf dem Gebiete des Schulwesens haben auch an dieser Stelle wiederholt Anerkennung gefunden; es wurden ihm im Laufe der Jahre und bei besonderen Anlässen folgende Ordensauszeichnungen zuteil: Der Kronorden 2. Kl. der rote Adlerorden 3. Kl. der rote Adlerorden des Kaiserordens von Hohenzollern, das sachsenburgische Ehrenkreuz 1. Kl. das Comthurkreuz 2. Kl. des Sachsen-Ernestinischen Hausordens mit dem Stern und die Kommandeurinsignien 2. Kl. des Anhaltischen Hausordens Albrecht des Bären.

### Lehrkurse für Unteroffiziere.

Halberstadt, 14. Okt. Die Ausbildung der Unteroffiziere in wissenschaftlicher Beziehung wurde bis jetzt nur im Kapitulanten-Unterricht gefördert. Hiermit kann jedoch der Grad von Bildung nicht erreicht werden, der von den Unteroffizieren gefordert wird, wenn sie bessere Stellen, die der mittleren Beamten, einnehmen wollen. Die Anwärter müssten dann Privatstunden nehmen, was ihnen aber persönliche Kosten verursacht, und außerdem mangelte es ihnen auch an der freien Zeit.

Seit einiger Zeit ist im Kriegsministerium der Plan erwogen worden, den Unterricht beim Militär für Kapitulanten in andere bestmögliche Bahnen zu lenken und außer dem Kapitulanten-Unterricht auch noch den Unterricht für Militäranwärter einzuführen. d. h. für die Unteroffiziere, die die Dienstzeit bald beendigt haben. Mit dem Unterricht in dieser Weise wird in Halberstadt jetzt begonnen. Die verschiedenen Klassen werden von etwa je 24 Schülern besetzt. Unter der Leitung des Leiters Heinemann sind 8 Lehrer von hier tätig, die den Unterricht erteilen. In den Fächern Französisch und Geographie unterrichten 5 Offiziere von den hiesigen Regimentern. Der Unterricht für Kavallerie und Infanteristen wird gemeinschaftlich in den Kasernen des Infanterie-Regiments abgehalten.

### Gehaltsaufbesserung und Konsumvereine.

Erfurt, 15. Okt. Der hiesige Schutzverein für Handel und Gewerbe, e. V., erstigt folgenden Aufruf: An unsere staatlichen und städtischen Beamten! Die Gehaltsaufbesserungen, verbunden mit bedeutenden Nachzahlungen für viele Beamtenkreise, sind nimmere in Kraft getreten. Diese von der Beamtenchaft langersehnt und unbedingt notwendige Erhöhung der Gehälter wird allen Beteiligten von keiner Seite missgünstig, am allerwenigsten von den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand. Doch muß es nicht, wie ihm durch eine nicht unbeträchtliche Teil der Beamtenchaft, als Förderer der Beamten-Konsumvereine und Vereinigungen von Warenbesitzern aller Art, die Erziehung auf das schärfste gefördert und die Sorge um den christlichen Erwerb von Tag zu Tag vergrößert wird. Das teilweise Ausbleiben des Kaufmanns sowie der Gewerbetreibenden beim Vertrieb von Waren durch Beamte muß naturgemäß eine große Erbitterung und bereitete Unzufriedenheit hervorgerufen, umwelte, als sich die Kleinhandel- und Gewerbetreibenden heute in keiner benedenswerten Lage befinden. Wir richten daher an unsere Beamtenchaft, der durch die Gehaltsaufbesserung gerade in einer wirtschaftlich dankeverdienenden Zeit mannde Sorge genommen, und der auch im Interesse der Wohlthat uneres Staates an Erhaltung eines leistungsfähigen Mittelstandes gelegen sein muß, eingehend der Devise „Jedem das Seine“ die dringende Bitte: um Maßnahmen abzugeben, die wir darauf hinauslaufen, den im kein gebührendes Fortkommen jetzt schon schwer ergehenden Stand der Kleinhandel- und Gewerbetreibenden allmählich aufzuheben.

Betrueren kann nicht im Sinne unserer Beamtenchaft liegen, die sie doch selbst zum Mittelstand, der seinen Stütze uneres Reiches, gehört. Wir appellieren daher an das Gewerbetreibendeglied unserer Mitbürgerschaft, sich daran zu erinnern, daß dem Detailhandel seit Jahrzehnten durch Gründung von Beamten-Konsum- und ähnlichen Vereinigungen schwerer Schaden zugefügt wurde, den auszugleichen der richtige Zeitpunkt ist!

### Bausprechstunden.

Bernburg, 14. Okt. Bausprechstunden, die den Zweck haben, ein schönes und einseitiges Städtebild zu erzielen, hat der Magistrat eingeführt.

### Wau eines Reformrealgymnasiums.

Magdeburg, 14. Okt. Die Stadtverordneten bewilligen in ihrer letzten Sitzung u. a. 615 000 M. für den Neubau eines Reformrealgymnasiums in Stengelände.

### Stiftung für die Luftschiffahrt.

Magdeburg, 14. Okt. Legationsrat Dr. Krupp von Bohlen und Halbach hat dem Magdeburger Verein für Luftschiffahrt einen einmaligen Betrag von 5000 Mark überwiesen lassen. Dem Verein ist es durch diese Stiftung ermöglicht worden, sich ersten wissenschaftlichen Aufgaben mehr als bisher zuzuwenden.

### Die künftige Zusammenziehung des Meininger Landtages.

Sonneberg, 14. Okt. Insgesamt zählt der Meininger Landtag nach dem heutigen Stande der privilegierten Neuwahl 13 Bürgerliche und 9 sozialdemokratische Abgeordnete. Zwei Sitzmahlen stehen noch aus.

### Der Selbstmord des Hauptmanns Hilbrand.

Hannover, 14. Okt. Der Selbstmord des Hauptmanns Hilbrand vom 34. Artillerieregiment in Wesel, der sich, wie berichtet, an seinem Hochzeitstage das Leben nahm, scheint nimmere in seinen Motiven aufgeklärt zu sein.

Hauptmann Hilbrand hatte im Jahre 1901 in einem Duell in Ansbach einen Oberleutnant Blastowits am Tage vor seiner Hochzeit erschossen; er hatte vorzusehen wollen, aber seinen Gegner ohne Mordtötung getroffen. Seit jenem Tage war Hauptmann Hilbrand schwermütig und menschlichen, und schließlich hat ihn die Erinnerung an den Tod des Oberleutnants Blastowits in momentaner Selbstverwundung in den Tod getrieben.

Bühen, 13. Okt. (Einbruch.) Gestern nachmittag wurde in der Wilhelmstraße bei Gerichtspräsident Krebs ein dreijähriger Einbruchdiebstahl verübt. Der Dieb erbrach in der Wohnstube einige Fächer des Schreibtischs und fand eine goldene Damenuhr und verschiedene andere wertvolle Schmuckstücke. Von der Wohnstube aus wanderte sich der Spitzbube nach der Schlafkammer des Wirtschaftsräumlers, wo er eine verschlossene Kommode erbrach und daraus einen Geldbetrag von 98 Mark entwendete. Auf dem Rückwege ergriffte er sich noch ein paar Stiefel an. Alles in allem hat er 300 Mark Beute gemacht.

Neutra, 14. Okt. (Zum Verkauf des Stadtwitz.) Wie bereits gemeldet, ist das Stadtwitz des Herrn Gutsbelegers Sellmuth hierher in den Besitz des Herrn Kammerherrn von Hellstorf aus Schloß Neutra übergegangen. Das Gut umfaßt ca. 400 Morgen, die mit lebendem und totem Inventar für 885 000 Mark verkauft wurden. Zehn Morgen Wald sind vom Kauf ausgeschlossen.

Naumburg, 14. Okt. (Tot aufgefunden) wurde der seit Sonnabend vermisste Postkassierer a. D. Thielmann. Er hatte sich im Loischhof erhängt.

Erfurt, 14. Okt. (Bahneröffnung.) Am 15. Oktober wird im Bezirk der königlichen Eisenbahndirektion in Erfurt von der im Bau begriffenen vollspurigen Nebenbahn Sonneberg-Eisfeld die 21,55 Kilometer lange Teilstrecke Eisfeld (Thür.)-Eisfeld mit den Stationen Eisfeld, Fetsdorf, Brauenten (Thür.), Grämpen, Schafha, Bachfeld und Ragberg für den Gesamtverkehr eröffnet werden.

Witterfeld, 14. Okt. (Erwischte Verbrecher.) Anfang dieser Woche erhielt ein Herr S. einen anonymen Brief, in dem er beschuldigt wurde, den Einbruch in der Expedition des „Anzeigers“ ausgeführt zu haben. Gleichzeitig sollte er bis Mittwoch, den 13. d. M. 200 Mk. Schweigegeld hinter dem Petroleumkeller an der linken Seite der Berliner Chaussee niederlegen. Ohne die Polizei davon zu benachrichtigen, holte S. zwei Detektivbeamte aus Leipzig. Diese beobachteten Tag und Nacht das zum Schein hinzugekommene Paket, bis gestern abend zwei junge Leute erschienen, um es abzuholen. Es gelang ihnen, vor ihrer Festnahme zu entfliehen, aber die richtige Tätigkeit der beiden Beamten während er ganzen Nacht war von Erla freigestellt; denn heute morgen wurde der Schriftföhrerling Paul Schäfer auf dem Wege nach seiner Arbeitsstätte gestellt. Er gestand die Tat im vollen Umfange ein und nannte noch einen seiner Komplizen, den Schloffer Giese, der daraufhin verhaftet wurde.

Witterfeld, 14. Okt. (Die Schussbänke fehlen noch.) Mit dem nächsten Montag beginnen die Winterhalbjahr kann der Umzug nach dem neuen Mädchenschulgebäude in der Dessauerstraße und die geplante Einweihung noch nicht stattfinden, da die Arbeiter der Fabrik, die die Schillerbänke und andere Utensilien zu liefern hat, seit längerer Zeit streiken und deshalb die vorsehrriebene Lieferzeit nicht einhalten werden kann. Der Umzug muß daher auf einige Wochen verschoben werden.

Eisleben, 14. Okt. (Wahrscheinlich der älteste Krieger) in der Grafschaft Mansfeld ist der Wiltker Johann Friedrich Wilhelm Butterling in Wormsleben. Am 6. März 1822 in Hühndel geboren, ist er jetzt 80 Jahre und 7 Monate alt und noch von großer geistiger Mithätigkeit. Er hat 1843-1845 beim 27. Infanterie-Regiment gedient, war 1848 gelegentlich der Unruhen sieben Monate lang einbezogen, hat 1849 vom Mai bis zum Oktober den Krieg in Baden mitgemacht und wurde 1850 infolge der Mobilmachung wiederum einberufen. Butterling ist Inhaber der preussischen Denkmünze von 1848 und der bairischen Gedächtnis-Medaille von 1849. Von seinen Verdienst-Erlebnissen erzählt er noch gern.

Seiffels, 14. Okt. (Mit dem Bau der Wasserleitung) soll am 20. d. M. und zwar gleich an zwei Stellen begonnen werden.

Magdeburg, 14. Okt. (Eine Neuerung) hat der Rennverein getroffen. Der Verein legt eine Summe von 300 Mk. für denjenigen aus, der die in der großen Magdeburger Herbst-Steeple-Chase zuerst ankommenden 3 Pferde vor Beginn des Rennens bezeichnet, wie sie einlaufen. Zu diesem Zwecke befindet sich auf dem Umschlage des Rennprogramms ein Bon, auf dem die Reihenfolge der Pferde einzutragen ist. Geht nur eine richtige Lösung ein, so fallen dem Findenden der Lösung die 300 Mk. zu, beim Eingang mehrerer richtiger Lösungen wird der Betrag zu gleichen Teilen auf die Finder verteilt.

Aus dem Kreise Neudorfleben, 13. Okt. (Wieder ein falscher Sternidel.) Wiederum war es nicht der richtige Sternidel, der in Bregensleben, als er bei seiner Braut weilte, verfolgt wurde und nur durch den glücklichen Zufall, daß man sein Verdeck nicht entdeckte, dem Schicksal der Verhaftung entging. Am anderen Morgen soll sich der Verfolgte selbst bei dem an der Bregenslebener Waiden veranagerten Sternideljagd, daß er noch befristeten Waidmeister gemeldet haben. Von einer Festnahme konnte jedoch keine Rede sein, da der Hüter des Gebiets gleich erkannte, daß er den „richtigen Sternidel“ nicht vor sich habe. Beide sollen übrigens nicht allein über den Lebereier der Bregenslebener Weidlich gelacht haben.

Neudorfleben, 13. Okt. (Zur Bekhlinger Hofjagd.) In der Kaiser am 12. November den Besuch des österreichischen Kronprinzenpaars erhält, und mit dem Erzhzog zu den Hofjagden in der Provinz Hannover reist, scheint es klar zu sein, daß der Kaiser auch in diesem Jahre an der Bekhlinger Hofjagd nicht teilnehmen wird.

Apolda, 14. Okt. (Kommerzienrat Ernst Diebemann.) Mitbhaber der Firma Ch. Zimmermann u. Sohn in Apolda, Führer der freiwirtschaftlichen Partei in Apolda und einer der bekanntesten Großindustriellen Thüringens, ist gestorben.

Quedlinburg, 14. Okt. (Die Ziehung der Quedlinburger Pferdebotterie) wurde heute im Schillingen Gesellschaftshaus vorgenommen. Der erste Hauptgewinn, bestehend in einer mit 2 Pferden bespannten Equipage, fiel auf das Los 30 347. Der Gewinner kann sich sofort melden. Der 2. bis 5. Hauptgewinn, je ein Pferd, fiel auf die Lose 56 385, 92 738, 13 653, 13 422.

Blankenburg, 14. Okt. (Fürstliche Verlobung.) Vom Schloß Blankenburg wird gemeldet: Heute mittag wurde am Schloß Blankenburg die Verlobung der Prinzessin Sophie Renata Keuf j. L. mit dem Prinzen Heinrich XXXIV. Keuf j. L. veröffentlicht. Die Braut ist die Tochter der Schwägerin des Herzog-Regenten.

Apolda, 14. Okt. (Der Waidarbeiter), das hiesige Stadtwitz in Apolda, das seit während der Wintermonate nachgehoben worden ist, hielt in diesem Jahre auch den Winter über geöffnet, was von den Ausflüglern mit Freuden begrüßt werden dürfte.

Königsberg (Südharz), 14. Okt. (Vermögensbilanz der Spar- und Darlehnskassen.) Die in der Bisherigen Ordnungungsabteilung des Reichsandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Halle vorgenommene Revision der Genossenschaft der hiesigen Spar- und Darlehnskasse hat u. a. pro Geschäftsjahr 1908/09 folgendes ergeben: Zahl der Genossen 52 mit 97 Geschäftsanteilen, Gesamtsumme 19 400, Geschäftszuguthaben 415, Guthaben bei der Bank 37 889, Schuld für Spar-Einlagen 44 388, Ueberzahl 84,42 Mk. und Buchsumme 101 591 Mk. Die Tatsache, daß sich letzter seit Gründung der Genossenschaft im Jahre 1902 von rund 37 000 auf 101 591 Mk. erhöht hat, beweist die gute Weiterentwicklung und Anspruchnahme der Einrichtung.

Grünungen, 14. Okt. (Eingekaufte Posten.) Am die ausgeübten Bürgermeisterei haben sich bisher etwa 60 Hecten gemeldet. Der Termin, bis zu dem Bewerbungen eingereicht werden können, läuft bis zum 20. Oktober.

Weimar, 14. Okt. (Die Hochzeit des Großherzogs) mit der Prinzessin Carola Frederica von Sachsen-Meiningen wird voraussichtlich schon in wenigen Wochen, jedenfalls aber noch vor Weihnachten stattfinden. Der greise Herzog von Sachsen-Meiningen ist über die Verlobung seiner Enkelin, die ihm stets sehr nahe gestanden hat, außerordentlich erfreut. Sie weite viel in seiner Nähe, so in Cap Martin, auf seiner Besitzung am Comer See und in Schloß Artenstein. Hier lernte sie auch im vorigen Jahr bei einem Diner den Großherzog kennen.

Weimar, 13. Okt. (Die Weiblicher Subkindergele.) Die Kunstgewerlerin Käthe Hirschberg, die in Tüft und Thurn durch ihre Batik- und kunstgewerblichen Arbeiten lobende Anerkennung gefunden, hat vor der Handwerkerkammer in der vorigen Woche ihre Prüfung als Buchbindergele bestanden. Sie erhielt ihre Ausbildung auf der hiesigen Kunstgewerbeschule und arbeitete dann praktisch.

### Sportnachrichten.

#### Nachfahrpost.

Berlin und Umgegend. Im Botanischen Garten gewann Hr. Wegener am 10. Oktober das Saupfadren, D. Hantle war Zweiter. Im Sandpark wurde Hr. Wegener Zweiter und F. Hiltel behauptete den dritten Platz. Im Jendelort wurde der „Große Herbstpreis von Jendelort“ nach dem neuen Reglement hinter 40 Zentimeter-Rolle von H. Schulte gewonnen. Der Sieger verbesserte sämtliche Bahnrekorde. Im Spandau legte W. Lehmer im 10 Kilometer Rennen und im Radmännchen. Der erste Preis im Landem-Saupfadren wurde auf Bismarck errungen; diese Mark denugen auch alle oben genannten Fahrer.

#### Schwimmipost.

Das Internationale Schwimmwettbewerb des Schwimmklubs Poseidon in Berlin fand in dem südlichen Hallenbad, Dennenistrafte, seinen Abschluß. Der gebotene Sport war ein guter, wenn auch der angeblüdigte Start des Engländers Taylor und des Wiener Meisters Otto Hoff unterließ. Besondere Erfolge erzielten die Ungarn. Der Magyar Athletic Club Budapest gewann den Startpreis des preussischen Kultusministeriums gegen den Magyar Athletic Club Budapest und Poseidon-Berlin. Auch der Vöndermittelpunkt Deutschland-Ungarn im Staffetten-Schwimmwettbewerb über viermal 210 Meter sah, wie schon in Magdeburg, die Ausländer als Sieger. Ferner gewann der Magyar Athletic Club das Saupfadren über 315 m in 4 Min. 22 Sec. gegen seine Rivalen und den Magdeburger Schiele, der letzter war. Dagegen unterlag Vöndermittelpunkt im Schwimmen über 105 Meter um den Prinz Arbert-Preis mit 1 1/2 Rängen gegen Oskar Schiele in 1 Min. 15 Sec. Das Saupfadren um den Prinz Arbert-Preis ergab den Sieg von H. H. O. Charlottenburg mit 31 1/2 Punkten gegen Käthe Berlin mit 25 1/2 Punkten.

#### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Saldow; für den Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inzeratenteil: Friedrich Erdbrat; Druck-Verlag von Otto Hendel.

#### Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

### Die griechische Kultur

kannte als wichtigstes Schöpfungsmittel das Salz des Mythenbaumes. Unsere moderne Kultur benutzt das gleiche Mittel in der Form der Mythenbildung, welche deshalb den Vorrang vor allen anderen Seiten verdient. 30 Bg. das Stück.

der Saison, als: Engl. Natives-Austern, Astraohan-Kaviar, Helgoländer Hummer, Pasteten, frische und getrocknete Früchte, frische Gemüse und Salate, alle Sorten Wild und Tafelgeflügel, Wurst- und Fleischwaren stets in grösster Auswahl vorrätig.

### Pottel & Broskowski.

Nur beste Qualitäten — sehr billige Preise.

# Alle Delikatessen

